

Neue Struktur für die innere Sicherheit

Die Bedrohung durch den Terrorismus führt in der Bundeshauptstadt zum Nachdenken und zu verstärkten Kontrollen

Die Furcht vor einem terroristischen Angriff ist im Regierungsviertel zu spüren. Gleichzeitig überbieten sich Politiker der schwarz-gelben Koalition in Vorschlägen zur effektiveren Gestaltung der inneren Sicherheit.

VON UNSERER KORRESPONDENTIN ALEXANDRA JACOBSON

■ **Berlin.** Ein Blick zum Westportal des Reichstags genügt, und jeder weiß, dass die Angst vor einem Anschlag die Hauptstadt fest im Griff hat. Denn vor dem Westportal fehlt die lange Besucherschlange. Es hat sich bei den Touristen offenbar herumgesprochen, dass die beliebte Kuppel und die Dachterrasse bis auf weiteres gesperrt sind. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat diese Sicherheitsvorkehrung veranlasst und trifft damit nicht überall auf Zustimmung. Thomas Oppermann, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, sprach gestern von einem „sehr bedenklichen Vorgang“, der am Donnerstag im Ältestenrat zum Thema gemacht werden sollte. Denn nach Oppermann ist „die Kuppel das Symbol einer offenen Demokratie. Das hat der Terrorismus bereits erreicht, dass wir uns jetzt einschränken müssen.“

Seitdem der Reichstag als mögliches Anschlagziel in den Medien erwähnt wurde, ist die Polizeipräsenz im Regierungsviertel deutlich erhöht worden. Die meisten Politiker sind nicht glücklich darüber, dass konkrete Ziele in der Presse genannt werden. „Das ist überhaupt nicht hilfreich, weil es die Quellen von solchen Informationen gefährdet“, klagt Dieter Wiefelspütz, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Und auch der CDU-Sicherheitsexperte Reinhard Grindel seufzt: „Bei mir hat deshalb schon eine Besuchergruppe abgesagt.“ So weit wie Siegfried Kauder (CDU), der Chef des Rechtsausschusses im Bundestag, möchte aber sonst niemand gehen: Kauder hat vorgeschlagen, die Presse zur Zurückhaltung zu verpflichten, wenn die Gefährdungslage schwierig ist. Auch Innenminister Thomas de Maizière soll über die detaillierte Berichterstattung verärgert sein – allerdings fordert er keinen Maulkorb für die Presse. Sein Zorn richtet sich gegen die undichten Stellen in den Sicherheitsdiensten. „Ich wäre froh, wenn manch selbst ernannter Terrorismusexperte sein Wissen für sich behalten würde“, wünschte sich de Maizière bei einem Polizeikongress in Berlin.

Zu einer Art kollektivem Aufstöhnen bei allen Politikern



Unübersehbar: Die öffentliche Polizeipräsenz hat in der Bundeshauptstadt und rund um die Regierungseinrichtungen dieser Tage deutlich zugenommen.

FOTO: DAPD

fürte ein Vorschlag von Klaus Jansen, dem Chef des Bundesdeutscher Kriminalbeamten. Wegen der chronischen Überlastung der Polizeibeamten sprach sich Jansen für den Einsatz der Bundeswehr im Inland aus.

„Der Ruf nach ollen Kamellen bringt uns nichts“, wiegelt Dieter Wiefelspütz ab. Reinhard Grindel weist daraufhin, dass dafür eine Grundgesetzänderung erforderlich sei, für die es keine Mehrheit gäbe.

Die FDP macht sich für eine ganz neue Sicherheitsstruktur stark. Große Teil des Zolls sollen unter das Dach der Bundespolizei schlüpfen und künftig nicht mehr dem Finanz-, sondern dem Innenministerium unter-

stellt werden, schlägt der FDP-Innenexperte Hartfrid Wolff vor. Von den 37.000 Beschäftigten des Zolls seien allein 15.000 in der Kriminalitätsbekämpfung tätig. Außerdem möchte die FDP den 1.300 Mann star-

ken Militärischen Abschirmdienst (MAD) auflösen und das Personal dem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst zuschlagen. Was der Innenminister von all diesen Vorschlägen hält, ist unbekannt. Sicher weiß man nur, dass auch im Innenministerium über einen Umbau der Sicherheitskräfte nachgedacht wird. Eine Kommission unter Leitung des Ex-Verfassungsschutzpräsidenten Eckart Werthebach macht sich ebenfalls Gedanken darüber, wie die innere Sicherheit effektiver gestaltet werden kann.

Doch die Pläne helfen in der Gegenwart nicht weiter. „Wir müssen die akute Bedrohung mit dem bestehenden Personal und den bestehenden Gesetzen meistern“, mahnt Dieter Wiefelspütz. Und auch der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold kritisiert, „dass die Bundesregierung jeden Tag eine neue Überschrift erfindet“. Arnold wünscht sich mehr Sorgfalt und keine Vermengung von Themen. Man könne über eine Aufteilung des MAD zwar reden, aber „solcher Aktionismus“ helfe angesichts der gegenwärtigen Bedrohung nicht weiter.

„Es gibt eine Grundgefahr“

■ Die Polizei und Sicherheitsbehörden in Deutschland sieht Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, für den Kampf gegen den Terrorismus gut gerüstet. „Wir sind sehr gut aufgestellt“, sagte er dieser Zeitung. Allerdings habe er den Eindruck, dass das Thema noch nicht überall hinreichend angekommen sei. „Wir müssen uns daran gewöhnen, dass es eine terroristische Bedrohung gibt“, so Wendt. Deutschland sei für den internationalen Terrorismus „längst nicht nur Rückzugsraum, sondern auch Operationsbasis“. Deshalb müsse die Gesellschaft ein Bewusstsein dafür entwickeln, „dass es eine Grundgefahr gibt und wir aufmerksam sein müssen“. (bth)



Mahnt: Gewerkschaftschef Rainer Wendt. FOTO: DAPD

Chaos durch vermeintliche Bombe

■ Ein herrenloser Koffer am Düsseldorfer Hauptbahnhof hat für Chaos im Bahnverkehr gesorgt. Weil der Bahnhof eine Stunde lang komplett gesperrt war, fielen während des Berufsverkehrs zahlreiche Züge aus, andere hatten erhebliche Verspätung. Insgesamt seien 150 Züge betroffen gewesen, so ein Bahnsprecher. Die Bundespolizei gab schließlich Entwarnung. Der Koffer habe keine Bombe, sondern lediglich Alltagsgegenstände und Müll enthalten. Die Bundespolizei rief Reisende dazu auf, besser auf ihr Gepäck zu achten, um ähnliche Einsätze zu verhindern. Sie warnte vor hohen Kosten, die als Verursacher von Polizeieinsätzen und Zugverspätungen zukommen könnten. (dapd)



Geöffnet: Dieser Koffer löste einen Großalarm aus. FOTO: DAPD

Chinas Geständnis

Weltgrößter Klimasünder

Nach Berechnungen von Ölmulti BP stiegen Chinas Kohlendioxid-Emissionen 2009 um neun Prozent auf 7,5 Milliarden Tonnen – auf knapp ein Viertel der weltweiten CO₂-Emissionen.

■ **Peking** (rtr). China hat erstmals unumwunden zugegeben, die Atmosphäre mit mehr Treibhausgasen als jedes andere Land zu verschmutzen. Der für die internationalen Klimaverhandlungen des Landes zuständige Xie Zhenhua sagte bei der Vorstellung der Regierungsposition beim nächsten Klimagipfel: „Wir sind jetzt weltweit auf dem ersten Platz beim Emissionsvolumen.“ Westliche Wissenschaftler betonen bereits seit mehreren Jahren, dass China die USA 2006 oder 2007 als weltgrößten Klimasünder überholt hat. Bislang hat sich die Regierung in Pe-

king diesen Titel jedoch nicht vorbehaltlos zu eigen gemacht – sie erklärte stets, dass dies möglich sei, aber zur Klärung dieser Frage weitere Untersuchungen nötig seien und dass zudem die Emissionen pro Einwohner ein fairerer Maßstab seien.

Trotz seines Eingeständnisses betonte auch Xie, dass die reichen Länder bei der Emissionsbegrenzung eine Vorreiterrolle übernehmen müssten – schließlich hätten diese insgesamt mehr zum Treibhauseffekt beigetragen als die Schwellenländer. Tatsächlich waren die USA der größte Klimasünder des 20. Jahrhunderts.

Xies Äußerungen zu Chinas Rolle bei Treibhausgasen kommen der politischen Führung des Landes offenbar nicht gelegen. Auf der Internetseite der Regierung wurde zwar eine Abschrift von Xies Pressekonferenz veröffentlicht – aber ohne die entsprechende Passage.

War Gerhard Schröder ursprünlich für den Irakkrieg? Der Altkanzler und George W. Bush erinnern sich unterschiedlich an ein Gespräch im Oval Office. Einer von beiden sagt nicht die Wahrheit.

VON JOHANN VOLLMER

■ **Bielefeld.** Üblicherweise überwinden Politiker nach ihrem Rückzug aus dem Amt alte Feindschaften. Die vormalig in die hektische Tagespolitik eingebundenen Parteisoldaten verwandeln sich in nachdenkliche, an alten Zigarren ziehende „elder Statesmen“, die über den Dingen schweben. Da disputieren dann in sonntäglichen Podiumsdiskussionen einstige Gegner gerne einvernehmlich über die Unzulänglichkeiten der jün-

Schröder spitzt Streit mit Bush zu

Ex-Kanzler will Vorwurf des Treubruchs vom Bündnispartner nicht auf sich sitzen lassen

geren politischen Elite. Die großen Staatsmänner – vom Außenminister aufwärts – treffen sich auf internationalen Symposien und blicken gemeinsam jovial zurück: Wie haben wir die Krise damals doch gut gemeistert.

Anders verhält es sich bei den

beiden Politschergewichten Georg Walker Bush und Gerhard Schröder. Der Ex-US-Präsident und der Bundeskanzler a. D. waren sich schon zu Amtszeiten nicht grün. Jetzt sind die beiden von einem freundschaftlichen Schulterklopfen weiter denn je entfernt. Bush hatte kürzlich seine Memoiren veröffentlicht und darin Schröder vorgeworfen, ihm die unter vier Augen versprochene Hilfe zum Irakkrieg verweigert zu haben.

Schröder reagierte empört und warf Bush vor, die Unwahrheit zu sagen – um nicht gleich von Lüge sprechen zu müssen. Via Politmagazin Cicero legt der Altkanzler nun nach und präzisiert seine Erinnerungen. Am Anfang jenes Gesprächs im Oval Office im Januar 2002 habe die Behauptung gestanden, dass El Kaida wie in Afghanistan auch im Irak tätig sei. „Und ich habe (...) Präsident Bush deutlich gemacht, dass für den Fall,

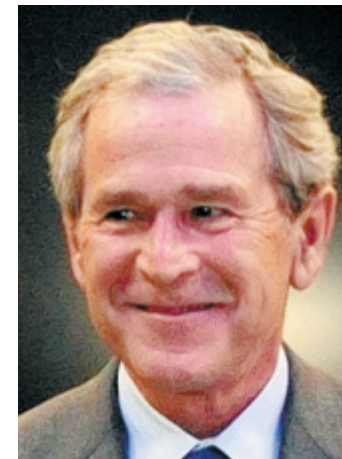
dass dies stimme, für uns natürlich die gleiche Vorgehensweise zu gelten habe, wie er sie in Afghanistan praktiziert habe.“ Bei der Afghanistan-Invasion hatte Schröder Bush sofortige Unterstützung zugesagt.

Später habe dann die Kriegsbegründung für den Irak gewechselt, weg von El Kaida hin zu Massenvernichtungswaffen. „Ich war der Auffassung, dass die im Laufe der Jahre 2002/03 gegebenen Begründungszusammenhänge für eine militärische Intervention im Irak nicht ausreichen“, erinnert sich Schröder heute.

Der Streit ist massiv – sagt doch einer der auf Glaubwürdigkeit Bedachten die Unwahrheit. Für Schröder geht es auch um die historische Einordnung seiner Lebensleistung. Durch den drohenden Irakkrieg war Schröders Wiederwahl 2002 stark gefährdet. Laut Umfragen waren 80 Prozent der Deutschen gegen eine deutsche Beteiligung, was den Demoskopiepolitiker Schröder als Unwilligen aus der vom US-Präsidenten ausgerufenen „Koalition der Willigen“ ausscheren ließ. Sein „Nein“ zum Irakkrieg möchte er hoch angerechnet wissen. Basta!



Erinnert sich: Altkanzler Gerhard Schröder. FOTOS: DPA



Erinnert sich anders: Ex-US-Präsident George W. Bush.



Ugandas Kinder brauchen starke Eltern!

SPENDENKONTO
Sparkasse Bielefeld
Konto-Nr. 441 336 68
BLZ 480 50 161
Stichwort: NW-Uganda

INFOS
zu unserer Weihnachtsaktion
www.oid.org
Kontakt:
uganda@neue-westfaelische.de
0521 555 271

Eine Aktion der Neuen Westfälischen für das Kreditprogramm von Opportunity International in der Region Mubende in Uganda

Zitat



Gerald Asamoah

„Im Schatten der Fußball-WM in Afrika wurde manchmal vergessen, wie bitterarm der Kontinent in manchen Regionen und Ländern weiterhin ist. Kleinkredite haben sich als sehr wirksames Mittel erwiesen, etwas gegen die Armut zu tun. Deshalb: unterstützen Sie, liebe Leser der Neuen Westfälischen, mit Ihrer Spende Opportunity International. Und helfen Sie damit den Menschen in Afrika!“

Der frühere Deutsche Nationalspieler (32) ist Fußballprofi beim FC St. Pauli und unterstützt die NW-Weihnachtsaktion, „Ugandas Kinder brauchen starke Eltern!“.

Uganda in Zahlen

48

Jahre beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen in Uganda.